

Deutschland-Tambach-Dietharz: Dienstleistungen von Ingenieurbüros

OJ S 111/2023 12/06/2023

Auftragsbekanntmachung

Dienstleistungen

Rechtsgrundlage:

Richtlinie 2014/24/EU

Abschnitt I: Öffentlicher Auftraggeber

I.1. Name und Adressen

Offizielle Bezeichnung: Stadt Tambach-Dietharz

Postanschrift: Burgstallstraße 31a

Ort: Tambach-Dietharz

NUTS-Code: DEG0C Gotha

Postleitzahl: 99897

Land: Deutschland

Kontaktstelle(n): DSK GmbH

E-Mail: weimar@dsk-gmbh.de

Telefon: +49 3643541410

Fax: +49 3643541454

Internet-Adresse(n):

Hauptadresse: <https://www.tambach-dietharz.de/>

Adresse des Beschafferprofils: <https://www.dtv.de>

I.3. Kommunikation

Die Auftragsunterlagen stehen für einen uneingeschränkten und vollständigen direkten

Zugang gebührenfrei zur Verfügung unter: <https://www.dtv.de/Satellite/notice/CXP4Y9U6J4W/documents>

Weitere Auskünfte erteilen/erteilt die oben genannten Kontaktstellen

Angebote oder Teilnahmeanträge sind einzureichen elektronisch via: <https://www.dtv.de/Satellite/notice/CXP4Y9U6J4W>

I.4. Art des öffentlichen Auftraggebers

Regional- oder Kommunalbehörde

I.5. Haupttätigkeit(en)

Allgemeine öffentliche Verwaltung

Abschnitt II: Gegenstand

II.1. Umfang der Beschaffung

II.1.1. Bezeichnung des Auftrags

Neubau einer Kindertagesstätte in Tambach-Dietharz, Fachplanung (Tragwerk)

Referenznummer der Bekanntmachung: 2023_05_KITA_TaDi_Tragwerk

II.1.2. CPV-Code Hauptteil

71300000 Dienstleistungen von Ingenieurbüros

II.1.3.

Art des Auftrags

Dienstleistungen

II.1.4. Kurze Beschreibung

Fachplanung Tragwerk für den Neubau einer Kindertagesstätte in Tambach-Dietharz am Standort "Ambulanzpark" an der Oberhofer Straße, 99897 Tambach-Dietharz, zunächst LP 1-4, sowie LP 5-6 optional (stufenweise Beauftragung).

II.1.5. Geschätzter Gesamtwert

Wert ohne MwSt.: 100 000,00 EUR

II.1.6. Angaben zu den Losen

Aufteilung des Auftrags in Lose: nein

II.2. Beschreibung

II.2.2. Weitere(r) CPV-Code(s)

71327000 Dienstleistungen in der Tragwerksplanung

II.2.3. Erfüllungsort

NUTS-Code: DEG0C Gotha

Hauptort der Ausführung: 99897 Tambach-Dietharz

II.2.4. Beschreibung der Beschaffung

Mit dem Neubau einer Kindertagesstätte möchte die Stadt Tambach-Dietharz den Bedarf an Kindergartenplätzen langfristig absichern. Im Rahmen einer Bedarfs- und Machbarkeitsanalyse aus dem Jahr 2022 wurde dafür eine Kostenschätzung erarbeitet. Unter Berücksichtigung einer Indexsteigerung von 10 % ergeben sich daraus Gesamtkosten von rd. 5,0 Mio. Euro (incl. MwSt.).

Die Stadt Tambach-Dietharz beabsichtigt, die erforderlichen Planungsleistungen für die folgenden drei Planungsgewerke im Rahmen von einzelnen VgV-Verfahren zu vergeben:

- Fachplanung Tragwerk sowie
- Objektplanung Gebäude (Architekt), Fachplanung Technische Ausrüstung (HLS)

Die weiteren erforderlichen Planungsgewerke (ELT, Freianlagen, Brandschutzkonzept, SiGeKo, Vermessung (incl. Höhenvermessung) und Baugrundgutachten sollen durch den Auftraggeber nach UVgO vergeben werden.

Der Auftraggeber behält sich eine stufenweise Beauftragung einzelner oder mehrerer Leistungsphasen bis zum Abschluss der Baumaßnahme vor. Ein Rechtsanspruch auf Beauftragung der Gesamtleistung besteht nicht.

Grundlage der Beauftragung sind die KVM-Vertragsmuster. Nach Beauftragung ist umgehend mit der Bearbeitung zu beginnen.

Ziel ist die Bearbeitung der LP 1-4 November/2023 - Mai/2025 abzuschließen. Anschließend:

- LP 5 Juli/2024 - Oktober/2024
- Planung ab LP 6 (November/2024 - Februar/2025)
- Baubeginn/-Fertigstellung März/2025 - August/2026

II.2.5. Zuschlagskriterien

Die nachstehenden Kriterien

Qualitätskriterium - Name: Vorgehensweise bei einem vergleichbaren, bearbeiteten Projekt /
Gewichtung: 30

Qualitätskriterium - Name: Vorgesehenes Projekt- und Qualitätsmanagement für das Projekt /
Gewichtung: 10

Qualitätskriterium - Name: Personelle Besetzung / Gewichtung: 10

Qualitätskriterium - Name: Auseinandersetzung mit der Aufgabenstellung / Gewichtung: 15

Qualitätskriterium - Name: Präsentation / Gewichtung: 5

Preis - Gewichtung: 30

II.2.6. Geschätzter Wert

Wert ohne MwSt.: 100 000,00 EUR

II.2.7. Laufzeit des Vertrags, der Rahmenvereinbarung oder des dynamischen Beschaffungssystems

Beginn: 01/11/2023 Ende: 31/12/2026

Dieser Auftrag kann verlängert werden: nein

II.2.9. Angabe zur Beschränkung der Zahl der Bewerber, die zur Angebotsabgabe bzw. Teilnahme aufgefordert werden

Geplante Mindestzahl: 3Höchstzahl: 5Objektive Kriterien für die Auswahl der begrenzten Zahl von Bewerbern:

Die Auswahl erfolgt anhand von Angaben zum Umsatz, zur Mitarbeiterzahl, zur Berufserfahrung und zu den Referenzen wie folgt. Dabei werden über die unter III.1.2 und III.1.3 genannten Vorgaben hinaus folgende Aspekte positiv bewertet:

- Stufenweise höherer durchschnittlicher, jährlicher Umsatz der letzten 3 Geschäftsjahre (2020-2022) für Tragwerksplanung gem. § 51 HOAI,

- Stufenweise größere durchschnittliche Mitarbeiteranzahl/Jahr in den letzten 3 Geschäftsjahren 2020 - 2022 (bei mehreren Standorten jeweils nur auf das verantwortliche Büro bezogen) und zwar: Anzahl der Ingenieur:innen (inkl. Führungskräfte) im Leistungsbild Tragwerksplanung gem. § 51 HOAI

- größere Berufserfahrung des Projektteams, und zwar der vorgesehenen Projektleiter:in und Projektbearbeiter:in.

- Bewertung der Referenzen B mit mehreren Bewertungspunkten, über die Mindestanforderungen hinausgehend; komplexe Referenzen mit einer Konzentration mehrerer Bewertungspunkte führen zu einer höheren Bewertung.

Die Angaben zur Bewertung sind in den Bewerbungsunterlagen enthalten.

Die maximale erreichbare Punktzahl beträgt 300 Punkte

davon

- Umsatz: 45

- Mitarbeiterzahl: 45

- Berufserfahrung Projektteam: 60

- Referenzen: 150

Soweit die Mindestanforderungen erfüllt sind, ist die Rangfolge der erreichten Punkte für die Auswahl maßgebend; Erfüllen mehrere Bewerber gleichermaßen die Anforderungen und ist die Bewerberzahl nach einer objektiven Auswahl entsprechend der zu Grunde gelegten Kriterien zu hoch, erfolgt die Auswahl unter den verbleibenden Bewerbern durch Los (§ 75 Abs. 6 VgV).

II.2.10. Angaben über Varianten/Alternativangebote

Varianten/Alternativangebote sind zulässig: nein

II.2.11. Angaben zu Optionen

Optionen: ja

Beschreibung der Optionen:

- Leistungen der LP 5-6

II.2.13.

Angaben zu Mitteln der Europäischen Union

Der Auftrag steht in Verbindung mit einem Vorhaben und/oder Programm, das aus Mitteln der EU finanziert wird: nein

II.2.14. Zusätzliche Angaben

Abschnitt III: Rechtliche, wirtschaftliche, finanzielle und technische Angaben

III.1. Teilnahmebedingungen

III.1.1. Befähigung zur Berufsausübung einschließlich Auflagen hinsichtlich der Eintragung in einem Berufs- oder Handelsregister

Auflistung und kurze Beschreibung der Bedingungen:

1. Bescheinigungen über die Erlaubnis zur Berufsausübung für die verantwortlichen Mitarbeiter:

- Eintragungsnachweise im Berufs- oder Handelsregister oder gleichwertige Bescheinigung des Niederlassungsstaates oder gleichwertiger Nachweis der Erlaubnis der Berufsausübung
- Nachweis der Berechtigung, die Berufsbezeichnung Ingenieur:in zu tragen oder in der Bundesrepublik Deutschland entsprechend tätig zu werden (Tragwerksplanung)

III.1.2. Wirtschaftliche und finanzielle Leistungsfähigkeit

Auflistung und kurze Beschreibung der Eignungskriterien:

1. Eigenerklärung zu Bestehen und Höhe einer Betriebs-/Berufshaftpflichtversicherung sowie ggf. Erklärung zur erforderlichen Anpassung. Die vereinbarten Deckungssummen sind anzugeben.

Angaben s. Bewerbungsunterlagen

Spätestens vor Zuschlagserteilung ist der Nachweis der Berufshaftpflichtversicherung mit den geforderten Deckungssummen durch Vorlage des Versicherungsscheines beizubringen. Der Nachweis gilt auch als erbracht, wenn eine unwiderrufliche Erklärung des Versicherungsunternehmens vorgelegt wird, mit der sie den Abschluss der geforderten Haftpflichtleistungen und Deckungsnachweise im Auftragsfall zusichert. Nach Erteilung des Auftrages muss der gültige Versicherungsschein vorgelegt werden. Die Deckung muss über die Vertragslaufzeit uneingeschränkt erhalten bleiben.

Im Falle der Beauftragung einer Arbeitsgemeinschaft wird bei Abschluss des Vertrages eine "objektbezogene" Versicherung als Arbeitsgemeinschaft erforderlich.

Im Falle einer Bietergemeinschaft haften die Mitglieder der Gemeinschaft (ARGE) mit Beauftragung gesamtschuldnerisch.

2. Erklärung zum Umsatz des Unternehmens in den letzten 3 Geschäftsjahren (2020-2022, Durchschnitt) bzgl. mit dem hier ausgeschriebenen Auftrag vergleichbarer Leistungen gem. § 45 Abs. (1) Nr. 1 und (4) Nr. 4 VgV, d. h. Umsatz im Bereich Tragwerksplanung gem. § 51 HOAI

Möglicherweise geforderte Mindeststandards:

3. Mindestdeckungssummen Versicherung

- 3.000.000 EUR für Personenschäden und
- 1.000.000 EUR sonstige Schäden (Sachschäden und Vermögensschäden) je

Schadensereignis, bei einem in einem Mitgliedsstaat der EU oder eines Vertragsstaates des Abkommens über den Europäischen Wirtschaftsraum zugelassenen Versicherungsunternehmens, wird verlangt. Die Gesamtleistung der Versicherungsfälle eines Versicherungsjahres muss mindestens das Zweifache der Deckungssumme betragen.

4. Jährlicher Mindestumsatz zu den betr. Planungsgewerken wie folgt:

- Tragwerksplanung gem. § 51 HOAI min. 100.000 EUR

III.1.3. Technische und berufliche Leistungsfähigkeit

Auflistung und kurze Beschreibung der Eignungskriterien:

Der Nachweis der technischen und beruflichen Leistungsfähigkeit ist zu erbringen durch:

1. Angabe der Mitarbeiterzahl (Ingenieure inkl. Führungskräfte in den letzten 3 Geschäftsjahren (2020-2022, Durchschnitt) gem. § 46 Abs. 3 Nr. 8 VgV in den o. g. Bereichen:

- Tragwerksplanung gem. § 51 HOAI

Bei mehreren Niederlassungen/Standorten Angaben nur für die verantwortliche Niederlassung /Standort!

2. Angabe der technischen Fachkräfte, die im Zusammenhang mit der Leistungserbringung eingesetzt werden sollen, unabhängig davon, ob diese dem Unternehmen angehören oder nicht, jeweils mit Angaben, aus denen die fachliche Erfahrung der benannten Fachkräfte ersichtlich wird (§46 Abs. 3 Nr. 2 VgV), d. h. Angabe von Name, Berufliche Qualifikation, Berufserfahrung in Jahren für

- Projektleiter:in

- stv. Projektleiter:in/ Projektbearbeiter:in (Tragwerk).

3. Angaben zur Inanspruchnahme der Kapazitäten anderer Unternehmen gem. § 47 VgV

4. Angabe gem. § 46 Abs. 3 Nr. 10 VgV, welche Teile des Auftrags das Unternehmen unter Umständen als Unteraufträge zu vergeben beabsichtigt (inkl. Angabe zum Anteil dieser Leistungen).

5. Vorlage einer Referenzliste von in den vergangenen 5 Jahren abgeschlossenen, vergleichbaren Leistungen sowie spezifische Angaben zu min. einer Referenz B nach § 46 Abs. 3 Nr. 1 VgV entsprechend Bewerbungsbogen.

Möglicherweise geforderte Mindeststandards:

6. Mitarbeiterzahlen min. wie folgt

- Ingenieur:innen im Leistungsbild Tragwerksplanung gem. § 51 HOAI: 2

7. Liste der wesentlichen in den letzten fünf Jahren (2018-2022) erbrachten Leistungen (Referenzliste) Tragwerksplanung

8. zusätzliche Angaben zu min. einem Projekt, bei dem die Planung durch den Bewerber erfolgte (Referenz B), aus dem Bereich:

- Neubau eines mehrgeschossigen Gebäudes gem. Anlage 14.2 HOAI, anrechenbare Baukosten min. 750.000 EUR, bearbeitet (min. bis LP 5) nach dem 01.01.2018 (Referenzblatt)

III.2. Bedingungen für den Auftrag

III.2.1. Angaben zu einem besonderen Berufsstand

Die Erbringung der Dienstleistung ist einem besonderen Berufsstand vorbehalten. Verweis auf die einschlägige Rechts- oder Verwaltungsvorschrift:

Nachweis der Berechtigung zur Führung der Berufsbezeichnung "Ingenieur"

(Tragwerksplanung) gem. landesrechtlichen Regelungen.

Juristische Personen sind als Auftragnehmer zugelassen, wenn sie für die Durchführung der Aufgabe je einen verantwortlichen Ingenieur benennen. Der Nachweis ist den Bewerbungsunterlagen beizulegen. Ausländische Bewerber mit der Zugehörigkeit eines Mitgliedstaates der EU oder eines Vertragsstaates des Abkommens über den Europäischen Wirtschaftsraum erfüllen die fachlichen Voraussetzungen für ihre Bewerbung, wenn ihre Berechtigung zur Führung der o. g. Berufsbezeichnung nach der Richtlinie 2005/36/EG des Europäischen Parlaments und des Rates über die Anerkennung von Berufsqualifikationen gewährleistet ist.

Geforderte Berufsqualifikation gem. § 75, Abs. 1 und 2 VgV.

III.2.3.

Für die Ausführung des Auftrags verantwortliches Personal

Verpflichtung zur Angabe der Namen und beruflichen Qualifikationen der Personen, die für die Ausführung des Auftrags verantwortlich sind

Abschnitt IV: Verfahren

IV.1. Beschreibung

IV.1.1. Verfahrensart

Verhandlungsverfahren

IV.1.3. Angaben zur Rahmenvereinbarung oder zum dynamischen Beschaffungssystem

IV.1.5. Angaben zur Verhandlung

IV.1.8. Angaben zum Beschaffungsübereinkommen (GPA)

Der Auftrag fällt unter das Beschaffungsübereinkommen: ja

IV.2. Verwaltungsangaben

IV.2.2. Schlusstermin für den Eingang der Angebote oder Teilnahmeanträge

Tag: 14/07/2023 Ortszeit: 10:00

IV.2.3. Voraussichtlicher Tag der Absendung der Aufforderungen zur Angebotsabgabe bzw. zur Teilnahme an ausgewählte Bewerber

Tag: 10/08/2023

IV.2.4. Sprache(n), in der (denen) Angebote oder Teilnahmeanträge eingereicht werden können

Deutsch

IV.2.6. Bindefrist des Angebots

Das Angebot muss gültig bleiben bis: 04/12/2023

Abschnitt VI: Weitere Angaben

VI.1. Angaben zur Wiederkehr des Auftrags

Dies ist ein wiederkehrender Auftrag: nein

VI.3. Zusätzliche Angaben

Der Bewerber hat anzugeben, ob Ausschlussgründe nach §§ 123, 124 GWB vorliegen und ob er selbst bzw. ein nach Satzung oder Gesetz für den Bewerber Vertretungsberechtigter in den letzten zwei Jahren

- gem. § 21 Abs. 1 Satz 1 oder 2 Schwarzarbeitsbekämpfungsgesetz oder
- gem. § 21 Abs. 1 Arbeitnehmerentsendegesetz oder
- gem. § 19 Abs. 1 Mindestlohngesetz mit einer Freiheitsstrafe von mehr als drei Monaten oder einer Geldstrafe von mehr als 90 Tagessätzen oder einer Geldbuße von mehr als 2.500 Euro belegt worden ist.

Der Teilnahmeantrag besteht aus dem Bewerberbogen, Angaben zu Referenzen und Nachweisen; sämtliche Vergabe-/Auftragsunterlagen sind auf der Vergabepattform eingestellt. Der Bewerberbogen und die anderen einzureichenden, bearbeitbaren Formulare sind auf den eigenen Rechner herunterzuladen, dort lokal auszufüllen und zu speichern.

Teilnahmeanträge können ausschließlich von registrierten Bewerbern über die Vergabeplattform in Textform eingereicht werden. Die ausgefüllten und lokal gespeicherten Unterlagen sind als Teil des Teilnahmeantrags auf die Plattform hochzuladen. Bei elektronischer Angebotsübermittlung in Textform ist der Bieter, der die Erklärung abgibt, zu benennen.

Eine gesonderte Unterschrift sowie eine fortgeschrittene oder qualifizierte Signatur sind für den Teilnahmeantrag nicht erforderlich.

Die Kommunikation (Fragen, Auskünfte) erfolgt ausschließlich über die Vergabeplattform. Dabei ist das Kommunikationstool zu verwenden.

Nicht fristgerecht eingereichte Teilnahmeanträge bzw. schriftliche (in Papierform eingereichte) oder formlose Anträge werden im weiteren Verfahren nicht berücksichtigt.

Die Vergabestelle kann gemäß § 56 Abs. 2 Satz 1 und Abs. 3 Satz 2 VgV unternehmensbezogene und leistungsbezogene Unterlagen nachfordern oder vervollständigen.

Bekanntmachungs-ID: CXP4Y9U6J4W

VI.4. Rechtsbehelfsverfahren/Nachprüfungsverfahren

VI.4.1. Zuständige Stelle für Rechtsbehelfs-/Nachprüfungsverfahren

Offizielle Bezeichnung: Vergabekammer des Freistaats Thüringen

Postanschrift: Jorge-Semprún-Platz 4

Ort: Weimar

Postleitzahl: 99423

Land: Deutschland

E-Mail: nachpruefungsstelle@tlvwa.thueringen.de

Telefon: +49 361-573321254

Fax: +49 361-573321059

Internet-Adresse: <https://landesverwaltungsamt.thueringen.de/wirtschaft/vergabekammer>

VI.4.2. Zuständige Stelle für Schlichtungsverfahren

Offizielle Bezeichnung: Vergabekammer des Freistaats Thüringen

Postanschrift: Jorge-Semprún-Platz 4

Ort: Weimar

Postleitzahl: 99423

Land: Deutschland

E-Mail: nachpruefungsstelle@tlvwa.thueringen.de

Telefon: +49 361-573321254

Fax: +49 361-573321059

Internet-Adresse: <https://landesverwaltungsamt.thueringen.de/wirtschaft/vergabekammer>

VI.4.3. Einlegung von Rechtsbehelfen

Genaue Angaben zu den Fristen für die Einlegung von Rechtsbehelfen:

Gemäß §160 (3) GWB ist ein Antrag auf ein Nachprüfungsverfahren unzulässig, soweit:

1) der Antragsteller den gerügten Verstoß gegen Vergabevorschriften im Vergabeverfahren erkannt und gegenüber dem Auftraggeber nicht innerhalb einer Frist von 10 Kalendertagen gerügt hat; der Ablauf der Frist nach §134 Absatz 2 GWB (Informations- und Wartepflicht) bleibt unberührt (§ 160 Abs. 3 Nr. 1 GWB).

2) Verstöße gegen Vergabevorschriften, die aufgrund der Bekanntmachung erkennbar sind, nicht spätestens bis zum Ablauf der in der Bekanntmachung benannten Frist zur Angebotsabgabe oder zur Bewerbung gegenüber dem Auftraggeber gerügt werden (§ 160 Abs. 3 Nr. 2 GWB),

3) Verstöße gegen Vergabevorschriften, die erst in den Vergabeunterlagen erkennbar sind, nicht spätestens bis zum Ablauf der in der Bekanntmachung benannten Frist zur Bewerbung oder zur Angebotsabgabe gegenüber dem Auftraggeber gerügt werden (§ 160 Abs. 3 Nr. 3 GWB),

4) mehr als 15 Kalendertage nach Eingang der Mitteilung des Auftraggebers, einer Rüge nicht abhelfen zu wollen, vergangen sind (§§ 160 Abs. 3 Nr. 4, 161 Abs. 1 GWB).

Ein Nachprüfungsantrag ist zudem unzulässig, soweit der Nachprüfungsantrag der Vergabestelle erst nach Zuschlagserteilung zugestellt wird (§ 168 Abs. 2 GWB). Gemäß §135 (2) GWB kann eine Unwirksamkeit eines Vertrages nur festgestellt werden, wenn sie im Nachprüfungsverfahren innerhalb von 30 Kalendertagen ab Kenntnis des Verstoßes, jedoch nicht später als 6 Monate nach Vertragsschluss geltend gemacht worden ist.

VI.4.4. Stelle, die Auskünfte über die Einlegung von Rechtsbehelfen erteilt

Offizielle Bezeichnung: Vergabekammer des Freistaats Thüringen

Postanschrift: Jorge-Semprún-Platz 4

Ort: Weimar

Postleitzahl: 99423

Land: Deutschland

E-Mail: nachpruefungsstelle@tlvwa.thueringen.de

Telefon: +49 361-573321254

Fax: +49 361-573321059

Internet-Adresse: <https://landesverwaltungsamt.thueringen.de/wirtschaft/vergabekammer>

VI.5. Tag der Absendung dieser Bekanntmachung

07/06/2023